

Zeugenheft  
IV D3 45

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 4315

13s 4164 (RSHA)



Günther Nickel  
Berlin 36

R 47/25

**Der Polizeipräsident in Berlin**

1 Js 12/65 (RSHA)

z.Zt.

Bielefeld,  
Berlin, den 14.4.1967

Telefon: \_\_\_\_\_, App.: \_\_\_\_\_

**Vernehmung eines Beschuldigten**

\*\*) In den Diensträumen der Staatsanwaltschaft Bielefeld erscheint  
der - (Name) Nachgenannte und erklärt:

<b>1. Familienname</b> (auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes)		Dr. jur. Jagusch Walter
2. Geboren	Datum und Ort Kreis (Verwaltungsbezirk) Land	3. Sept. 1912 in Berlin Berlin Berlin
3. Wohnsitz	gegenwärtig (Bei Beschuldigten ohne festen Wohnsitz: Letzte Wohnung oder letzter Aufenthaltsort) z. Z. der Tat	Bielefeld Oberntorwall 20
	Telefon	60 121
4. Staatsangehörigkeit (auch evtl. frühere)	deutsch	
5. Personalausweis Sonstige Ausweise u. Berechtigungsscheine (z. B. Reisepass, Führerschein, Waffenschein, Wandergewerbe- schein u. dgl.) - Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum -	Nr. B 2070696	
6. Beruf	erlernter gegenwärtig ausgeübter z. Z. der Tat ausgeübter	Rechtsanwalt Regierungsassessor
Stellung im Beruf	gegenwärtig z. Z. der Tat	
Ferner ist anzugeben: - Bei Beamten und Behördenangestellten: Dienststelle - Bei Studierenden: Hochschule und belegtes Lehrfach - Bei Trägern akademischer Würden (Dr., Dipl.-Ing. usw.): wann u. bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde		
7. Einkommensverhältnisse	gegenwärtig z. Z. der Tat	geregelt
Bei Erwerbslosigkeit:	Seit wann?	
8. Familienstand (ledig - verheiratet - verwitwet - geschieden - getrennt lebend)	verh. Gerda Charlotte Reinisch	
Vor- und Familienname des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name d. früheren Ehemannes)		
Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung)	bei Ehemann	
Beruf des Ehegatten	Hausfrau	
9. Kinder	Anzahl Alter	1 23

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

\*\*) Auf Vorladung, aus Untersuchungshaft - aus Straftat - als vorläufig Festgenommener vorgeführt, in der Wohnung - an der Arbeitsstelle aufgesucht usw.

<p>10. Vater: Vor- und Zuname Beruf Wohnung } (auch wenn bereits verstorben)</p> <p>Mutter: Vor- und Geburtsname } (auch wenn Beruf Wohnung bereits verstorben)</p> <p>Vormund *), Pfleger *), Bewährungshelfer:*) Vor- und Zuname Wohnung</p> <p>Telefon</p>	<p>Gottlieb Jagusch Angestellter verstорben</p> <p>Helene Fiedler Hausfrau verstорben</p>
<p>11. Ehrenämter in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Schöffe oder Geschworener, Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter – Vormundschaften – Pflegschaften – Bewährungshelfer – sonstige Ehrenämter)</p>	<p>keine</p>
<p>12. Bestrafungen (eigene Angaben) anhängige Strafverfahren – Maßregeln der Sicherung und Besserung – Bewährungsfristen – bedingte Entlassung</p>	<p>keine</p>

Ergänzung nach amtlichen Unterlagen

siehe Bl. d. A.

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Ich möchte mich ~~xxxxxxxxxxxxxx~~ äußern.

Die Strafvorschriften der §§ 211 und 49 StGB wurden mir vorgehalten:

Ich bin zur Aussage bereit.

Zur Person:

Nachdem ich in Berlin zunächst die Grundschule und danach die Borsig-Realschule besucht hatte, machte ich auf der 5. Oberrealschule in Berlin mein Abitur. Anschliessend studierte ich in Berlin an der Friedrich-Wilhelm-Universität Jura, wo ich am 13.2.1935 am Kammergericht mein Referendarexamen ablegte. Nach Absolvierung der Vorbereitungszeit als Referendar im Bezirk des Kammergerichts legte ich am 16.9.1938 die zweite große Staatsprüfung ab und trat am 1.10.1938 als Gerichtsassessor in die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin - Moabit ein, wo ich bis Ende Januar 1939 tätig war.

Auf einen Vortrag des Herrn Dr. Best im Referendarlager in Jüterbog bewarb ich mit anderen Lagerangehörigen um ein Anstellung bei der Dienststelle des RFSS im Reichsministerium des Innern.

Dr. B e s t suchte insbesondere junge Juristen für das in Aussicht genommene Polizeiministerium und erklärte uns, daß es sich hierbei um eine rein ministerielle Verwaltungstätigkeit handele.

Am 1. Febr. 1939 erhielt ich meine Einberufung zum RFSS IuRMdI. Dort wurde ich zunächst dem Referat II B zugeteilt. Später wurde ich in dem Sachbegiet II B 3 beschäftigt, wo ich den damaligen Sachgebietsleiter Dr. Herbert W i m m e r - man n ablöste. Dieses Sachgebiet habe ich bis etwa Oktober 1940 geleitet. Das das Sachgebiet im Zuge der Umorganisation des RSHA/ IV A 5 <sup>die Bezeichnung</sup> erhielt, ist mir heute nicht mehr bekannt.

Etwa im November 1940 wurde ich zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei für das Elsass nach Straßburg abkommandiert. Dort oblag mir die Abteilung Verwaltung und Recht. Etwa 1942 kam ich zum BdS Ostland nach Riga. 1943 wurde ich schließlich Untersuchungsführer und Gerichtsoffizier beim SS- und Polizeigericht des BdS in Metz-Lothringen, wo ich auch meinen Wohnsitz nahm. Bis Ende des Krieges blieb ich dort und wurde kurz vor Aufgabe der Stadt Metz nach Bad Tölz zur Fahnenjunkerschule der Waffen-SS einberufen. Seit 1952 bin ich als Rechtsanwalt im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm zugelassen. Meine Praxis <sup>habe ich</sup> beim Amts- und Landgericht Bielefeld, wo ich bis heute tätig bin.

Zur Sache:

Als ich das Referat II B 3 übernahm, führte es die Sachbezeichnung Pass- und Staatsangehörigkeitsfragen, Emigration. Das Sachgebiet Emigration lag praktisch braach. Ich erinnere mich nicht einmal daran, daß für dieses Sachgebiet ein besonderer Sachbearbeiter vorhanden gewesen wäre. Es waren lediglich mehrere Karteitröge vorhanden, in denen die Namen von Emigranten enthalten waren. Dieses Karteimaterial wurde später mit diesem Teil des Sachgebiets an den SD abgegeben.

In dem Sachgebiet Pass- und Staatsangehörigkeitsfragen hatte ich dagegen mehrere Sachbearbeiter. Mein Vertreter war Assessor E n g e l m a n n , der die Ausbürgerungsangelegenheiten vorwiegend bearbeitete. Herr W a s s e n - b e r g war de

mein

für das Referat II B 3 der zuständige Amtmann. Die Herren Anders und Moes waren Regierungs-oberinspektoren. Assessor Thiemann gehörte dagegen nicht zu meinem Referat.

Leiter von II B war der Regierungsrat Lischka. Bei ihm mußte ich mich vorstellen. Er wies mich auch in mein Sachgebiet ein. Herrn Bataz kenne ich ebenfalls. Ob er jedoch der Vertreter oder der Nachfolger von Herrn Lischka war, weiß ich heute nicht mehr.

Wie lange Herr Lischka Leiter des Referat II B war, insbesondere, ob er diese Funktion noch bei Ausbruch des Polenfeldzuges inne hatte, entzieht sich meiner Kenntnis. Denn ich hatte, abgesehen von meiner Vorstellung bei meinem Dienstantritt, später mit Herrn Lischka dienstlich nichts mehr zu tun. Grundsätzlich habe ich sämtliche Verfügungen und Vorgänge, die herausgingen, selbst unterzeichnet, lediglich in Fällen von besonderer Bedeutung zeichnete der Amtschef IV oder Chef der Sicherheitspolizei, Heydrich, oder sogar Himmler persönlich. Als Sachgebietsleiter von II B 3 hatte ich die Befugnis, das Dienstsiegel des Reichsministers des Innern in Vertretung zu führen. Sachlich wurden in dem Referat II B 3 ausschließlich Pass- und Staatsangehörigkeitsfragen, also Ein- und Ausbürgerungen von Reichsdeutschen bearbeitet. Hierbei handelte es sich um eine rein ministerielle Verwaltungstätigkeit. Irgendwelche Exekutiv-Aufgaben hatte ich nicht. Mir sind auch keine Vorgänge bekannt geworden, welche sich mit derartigen Maßnahmen (insbesondere mit Maßnahmen gegen Polen) befaßt hätten.

Ich erinnere mich, daß kurz vor Ausbruch des Krieges mit Polen ein Sonderreferat aufgestellt werden sollte,

für welches die einzelnen Referatsleiter Beamte abstellen sollten. Ich habe auch einige Beamte hierfür benannt. Die Namen der vorgesehenen Beamten wurden an den Amtschef weitergegeben. Meines Wissens ist jedoch keiner der von mir benannten Beamten später abgerufen worden. Das mir vorgehaltene Referat "Tannenberg" ist mir jedoch nicht in Erinnerung. Über die Organisation, die Aufgaben und die Tätigkeit der Einsatzgruppen in Polen ist mir nichts bekannt geworden.

Mir ist lediglich in Erinnerung, daß für die Fremdarbeiter und zwar insbesondere zunächst polnische Fremdarbeiter, ein besonderes Referat gegründet wurde, welches Herr Thiemann leitete. Jedenfalls hat Thiemann mir dies damals erzählt.

Das Referat II B 3 ist kurz vor meinem Weggang im Jahre 1940 aufgelöst worden. Die Beamten sind anderen Referaten zugewiesen worden. Herr Assessor Engemann behielt das Sachgebiet Ausbürgerung, welches später die mir heute bekannt gegebene Bezeichnung I A 11 trug. Einige Beamte wurden auch dem neu gegründeten Jugdenreferat unter Eichmann zugeteilt. Ich selbst kam dann zum BdS nach Straßburg.

Über die Zusammensetzung und Tätigkeit von Angehörigen des Polenreferats I D 2 ist mir nichts bekannt geworden. Ich wußte zwar, daß es damals ein derartiges Referat unter Assessor Thiemann gab oder in Vorbereitung war. Damals gab es noch ~~nicht~~ keine Gruppenleiter, da das RSHA noch in der Umorganisation begriffen war.

Wer sonst noch außer Himmler, Heß und dr. Richard und dem Amtschef Müller mit der Tätigkeit der Einsatzgruppen befaßt war, entzieht sich meiner Kenntnis

..... selbst..... gelesen, genehmigt u. unterschrieben

Dr. Walter Jagusch

Filipiak  
Staatsanwalt  
Mrosko  
KOM

Heß  
JA

Der Generalstaatsanwalt  
Der Polizeipräsidentin Berlin  
bei dem Kammergericht

z. Zt. Köln  
x Berlin, den 21. Juli 1967  
Telefon: \_\_\_\_\_, App.: \_\_\_\_\_

1 Js 12/65 (RSHA)

## Vernehmung eines Beschuldigten

\*\*) In den Diensträumen der Staatsanwaltschaft Köln vorgeladen erscheint  
der - die \*) Nachgenannte und erklärt:

1. Familienname (auch Beinamen, Künstlername, Spitzname, bei Namensänderung früherer Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name des früheren Ehemannes) Vorname (Rufname ist zu unterstreichen)	Schröder Erich
2. Geboren Datum und Ort Kreis (Verwaltungsbezirk) Land	12. März 1903 in Gelsenkirchen Nordrhein-Westfalen
3. Wohnsitz gegenwärtig (Bei Beschuldigten ohne festen Wohnsitz: Letzte Wohnung oder letzter Aufenthaltsort) z. Z. der Tat Telefon	Leverkusen, Karl-Rumpffstr. 37 Leverkusen Tel. 307870
4. Staatsangehörigkeit (auch evtl. frühere)	deutsch
5. Personalausweis Sonstige Ausweise u. Berechtigungsscheine (z. B. Reisepass, Führerschein, Waffenschein, Wandergewerbeschein u. dgl.) - Art, ausstellende Behörde, Nummer, Ausgabedatum -	Nr. B 3441379
6. Beruf erlernter gegenwärtig ausgeübter z. Z. der Tat ausgeübter Stellung im Beruf (z. B. Geschäftsinhaber, Gehilfe, selbst. Handwerksmeister, Angestellter usw.) gegenwärtig z. Z. der Tat Ferner ist anzugeben: - Bei Beamten und Behördenangestellten: Dienststelle - Bei Studierenden: Hochschule und belegtes Lehrfach - Bei Trägern akademischer Würden (Dr., Dipl.-Ing. usw.): wann u. bei welcher Hochschule der Titel erworben wurde	Dipl.-Bergingenieur Betriebsleiter bei Bayer-Leverkusen
7. Einkommensverhältnisse gegenwärtig z. Z. der Tat Bei Erwerbslosigkeit: Seit wann?	geordnet
8. Familienstand (ledig - verheiratet - verwitwet - geschieden - getrennt lebend) Vor- und Familienname des Ehegatten (bei Frauen auch Geburtsname, ggf. Name d. früheren Ehemannes) Wohnung des Ehegatten (bei verschiedener Wohnung) Beruf des Ehegatten	verheiratet Marianne geb. Baasch wie Ehemann
9. Kinder Anzahl Alter	vier 6, 25, 28, 29

\*) Nichtzutreffendes durchstreichen.

\*\*) Auf Vorladung, aus Untersuchungshaft - aus Strafhaft - als vorläufig Festgenommener vorgeführt, in der Wohnung - an der Arbeitsstelle aufgesucht usw.

10. Vater: Vor- und Zuname Beruf Wohnung	} (auch wenn bereits verstorben) Friedrich Schröder Steiger verstorben 1946
Mutter: Vor- und Geburtsname Beruf Wohnung	} (auch wenn bereits verstorben) Olga geb. Städtlich ohne verstorben 1952
Vormund *), Pfleger *), Bewährungshelfer:*) Vor- und Zuname Wohnung  Telefon	entfällt
11. Ehrenämter in Staat, Gemeinde oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Schöffe oder Geschworener, Handels-, Arbeits- oder Sozialrichter – Vormundschaften – Pflegschaften – Bewährungshelfer – sonstige Ehrenämter)	entfällt
12. Bestrafungen (eigene Angaben) anhängige Strafverfahren – Maßregeln der Sicherung und Besserung – Bewährungsfristen – bedingte Entlassung	ohne 1958 wegen fahrl. Körperver- letzung zu 400,-- DM Geldstrafe <b>(Verkehrsunfall)</b>
Ergänzung nach amtlichen Unterlagen	siehe Bl. d. A.

Mir ist eröffnet worden, welche Tat mir zur Last gelegt wird. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es mir nach dem Gesetz freisteht, mich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor meiner Vernehmung, einen von mir zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Ich möchte mich äußern.

Dem Erschienenen wurde eröffnet, daß er in dem vorliegenden Verfahren als Beschuldigter geführt werde, da der allgemeine Verdacht bestehe, daß er als ehemaliger Angehöriger des Kommunistenreferates des RSHA an den Tötungen von Polen mitgewirkt habe, insbesondere soweit es sich dabei um die Angehörigen der kommunistischen Partei in Polen, aber auch sonst um die Tötung von Angehörigen der polnischen Intelligenz gehandelt habe. Ihm wurden die Strafvorschriften der §§ 211 und 49 StGB sowie § 4 der Gewaltverbrecherordnung vom 5.12.1939 vorgehalten. Er wurde darauf hingewiesen, daß es ihm nach dem Gesetz freistehe, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen, und jederzeit, auch schon vor Beginn seiner Vernehmung, einen von ihm zu wählenden Verteidiger zu befragen,

Er erklärte: Ich bin zur Aussage bereit.

Wegen meines persönlichen Werdeganges und meiner Tätigkeit bei der Sicherheitspolizei nehme ich Bezug auf den von mir überreichten Lebenslauf nebst Anlagen, den ich zum Gegenstand meiner heutigen Aussage mache und möchte ergänzend folgendes erklären:

Ich wurde Ostern 1936 von der Stapo-Stelle Bielefeld zum Geheimen Staatspolizeiamt nach Berlin berufen und dort dem von dem damaligen Regierungsrat Heller geleiteten Referat II A "Kommunismus" (später IV A im RSHA) zugewiesen. Innerhalb dieses Referats führte ich das Sachgebiet II A 3 "russische, kaukasische und ukrainische Emigration im Reichsgebiet". Ich habe dieses Sachgebiet "russische Emigration" von 1936 an praktisch bis 1940 geleitet. Lediglich im November 1939 war ich der von N e b e geleiteten Sonderkommission zur Aufklärung des Bürgerbräu-Attentats in München zugewiesen. Im Sommer/Herbst 1940 wurde ich beauftragt den Sicherheitspolizeilichen Schutz M o l o t o w s und seines Gefolges von der russisch-polnischen Grenze bis nach Berlin, während des Aufenthaltes in Berlin und auf der Rückfahrt zur russischen Grenze zu übernehmen. Im Sommer 1940 wurde ich unterrichtet, daß ich als Polizeiverbindungsoffizier bei der Deutschen Gesandtschaft in Lissabon vorgesehen sei und wurde angewiesen, mich über Portugal gründlich zu informieren, die portugiesische Sprache zu erlernen und mich bei Interpol in Berlin-Wannsee auf meine neue Aufgabe vorzubereiten zu lassen. Formell wurde ich im Januar 1941 endgültig zum Polizeiverbindungsleiter bei der Deutschen Gesandtschaft in Lissabon ernannt. Wenn ich in den Geschäftsverteilungsplänen des RSHA vom 1.2.1940 und auch noch vom 1.3.1941 als Sachgebietsleiter des Referates IV D 3 "Minderheiten, staatsfeindliche Ausländer und im Emigranten" angeführt bin, habe ich dafür keine Erklärung. Ich habe zwar das Sachgebiet "russische Emigration" geleitet, dieses Sachgebiet hatte aber meines Wissens die Bezeichnung IV A 3 und nicht IV D 3.

Ich selbst gehörte nach meinem Ausscheiden aus dem Referat IV A 3 der Attachée-Gruppe an. Mein Nachfolger von IV A 3 wurde Kriminaldirektor G e i s l e r, den ich im Dezember 1954 in Düsseldorf besucht habe. G e i s l e r gehörte meines Wissens der Kripo in Köln an und wurde später pensioniert. Ob er heute noch lebt, weiß ich nicht.

Die Tätigkeit des Polizeiverbindungsführers an der Deutschen Gesandtschaft in Lissabon übte ich bis Kriegsende aus.

Zu dem mir gemachten Vorwurf muß ich sagen, daß ich selbst zwar dem Referat II A/ später IV A angehört, innerhalb dieses Referates jedoch ausschließlich das Sachgebiet "russische Emigration" geleitet habe. Dieses Sachgebiet hatte mit irgendwelchen Maßnahmen gegen polnische Volkszugehörige, insbesondere gegen polnische Kommunisten, marxistische Bewegungen und dergl. nicht das Geringste zu tun. Der mir vorgehaltene Vermerk über eine Besprechung beim Amtschef IV vom 23. Oktober 1939, aufgrund dessen etwaige festzunehmende Polen in die Sonderfahndungsliste dem Referat II A 4 zu melden waren, ist mir nicht in Erinnerung. Ich möchte nicht ausschließen, daß dieser Vermerk im Wege des Umlaufs auch mir zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Ich selbst habe jedoch dem Referat II A 4 keine Personen zur Festnahme gemeldet. Ich hatte überhaupt keine Unterlagen hierüber, denn der von mir bearbeitete Personenkreis betraf russische, kaukasische und kroatische Emigranten, nicht aber polnische Volkszugehörige. Ich war zwar im Winter 1939 kurzzeitig in Warschau und in Krakau, um in Warschau eine Hilfsstelle zur Vertrauensstelle der russischen Emigranten, und um in Krakau eine Hilfsstelle für die Vertrauensstelle der ukrainischen Emigranten einzurichten. In diesem Zusammenhang hatte ich jedoch mit den Maßnahmen gegen polnische Volkszugehörige ebenfalls nichts zu tun. In Warschau und auch in Krakau hatte ich mich zwar jeweils bei den Kommandeuren der Sicherheitspolizei

zu melden, hatte aber sonst keinen Kontakt zu ihnen.

Wegen meiner Tätigkeit in dem Sachgebiet "russische Emigration" verweise ich nochmals auf meine Angaben in dem von mir überreichten Lebenslauf. Ich bin nicht in der Lage, darüberhinaus sachdienliche Angaben für das vorliegende Verfahren machen zu können.

selbst

..... gelesen, genehmigt, unterschrieben

..... gez. Erich Schröder

geschlossen:

gez.

.....

Filipiak, Staatsanwalt

gez.

.....

Mrosko, Kriminalobermeister

gez.

.....

Ratzeburg, Justizangestellte

Lebenslauf.

An 12. März 1903 wurde ich als Sohn des Grubensteigers Friedrich Schröder und seiner Ehefrau Olga Schröder, geborene Stadtlich in Gelsenkirchen/Westfalen geboren.

Von 6. bis zum 19. Lebensjahr besuchte ich die Volksschule und das real-Gymnasium in Gelsenkirchen.

Nach dem Abitur widmete ich mich praktisch und theoretisch dem Bergbau-Studium. Ich begann als "Schlepper" auf der Zeche Wilhelmine-Viktoria in Gelsenkirchen, diente mich zum "Gedingeschlepper", "Lehrhauer" und "Vollhauer" aufwärts, arbeitete auf verschiedenen Zechen des Ruhrkohlenbergbaus, auf Bleiglanz- und Zinkblende-Gruben des Oberharzes sowie auf Roteisensteingruben des Lahngebiets.

Ab Winter 1922/1923 bis Februar 1928 studierte ich an der Bergakademie Clausthal im Oberharz und an der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg, die Ferien immer wieder zu praktischer - das Studium finanzierender - Arbeit nutzend.

An 28. Februar 1928 bestand ich an der Technischen Hochschule Charlottenburg die Prüfung als Diplom-Bergingenieur.

An 1. April 1928 fand ich Anstellung als Wirtschaftsingenieur auf der Firma Bonifazius in Kray bei Essen.

In Laufe des Jahres 1928 hörten die deutschen Kohle-Parationsleistungen an Frankreich und andere Siegerstaaten des ersten Weltkrieges auf. Die große Bergbaukrise begann, die zu Einsparungen und Entlassungen von Tausenden von Arbeitskräften zwang. Aufgrund dieser Entwicklung wurde auch die von mir ausgefüllte Stelle auf der Zeche Bonifazius eingespart. Zu jenem Zeitpunkt schlug mir der mit meinen Vater bekannte Chef der Essener Kriminalpolizei vor, mich der Kriminalpolizei zuzuwenden, die damals für den Ausbau ihres Erkennungsdienstes Bewerber mit technischen Kenntnissen suchte. Ich folgte dieser Anregung, legte am Polizeipräsidium Essen die Eignungsprüfung ab und wurde am 1. April 1929 als Kriminalkommissaranwärter an das Polizeipräsidium Bochum berufen.

Nach zweijähriger Ausbildung bei der Kriminalpolizei in Bochum und Herne nahm ich von April bis November 1929 an einem Kommissaranwärter-Lehrgang des Höheren Polizeiinstituts in Berlin-Charlottenburg teil, bei dessen Abschluß ich die Kommissarprüfung bestand. Anschließend wurde ich gemeinsam mit den 9 besten Lehrgangsteilnehmern als Hilfskommissar der "Politischen Polizei" (Abt. II A) des Berliner Polizeipräsidiums am Alexanderplatz zugewiesen. Hier fand ich Verwendung in Referat "Vergehen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz", wurde zum Schutzdienst beim Reichspräsidenten von Hindenburg sowie beim Polizeivicepräsidenten Dr. Weiß herangezogen, hatte politische Versammlungen der staatsgegnerischen Parteien zu überwachen, etc.

In Februar 1932 wurde ich als "Kriminal-Kommissar auf Probe" zur politischen Polizei des Polizeipräsidiums Kiel versetzt. Hier bestanden meine Aufgaben in der Abwehr politischer Zersetzung von Reichswehr und Kriegsmarine, in der Überwachung der KPD und NSDAP und ihrer Versammlungen, wobei ich verschiedentlich mit Verwarnungen und Versammlungsauflösungen eingreifen mußte. Die weiteren Aufgaben bestanden in der Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft bei der Aufklärung politischer Straftaten.

Am 15.5.1932 wurde ich durch Verfügung des Regierungspräsidenten in Schleswig zum Kriminalkommissar ernannt. Mit dieser Ernennung war die Bestallung als Beamter auf Lebenszeit erfolgt.

Im Sommer 1934 wurde ich durch Erlaß des Preußischen Ministers des Innern und Verfügung des Regierungspräsidenten in Schleswig zur Geheimen Staatspolizei Altona, Außendienststelle Kiel versetzt, ohne vorher meine Stellungnahme zu dieser Versetzung einzuholen. Im Zuge dieser Versetzung wurde ich aufgrund Einspruch der NSDAP zunächst zur Position gestellt, dennlich hatte als Politischer Polizeikommissar Versammlungen der NSDAP aufgelöst, Parteimitglieder, die sich strafbar gemacht hatten, festgenommen, gegen sie richterlichen Haftbefehl erwirkt, etc. Nach 2 oder 3 Wochen

licher Amtsenthebung wurde ich jedoch wieder in meine Funktionen eingesetzt, nachdem der Prüfungsausschuss entschieden hatte: "Schröder hat als Staats- und Berufsbeamter und nicht parteilich oder parteigebunden gehandelt".

In der Geheimen Staatspolizei verrichtete ich nun die gleichen Aufgaben wie vorher in der Politischen Polizei, nämlich: "Abwehr der gegen den inneren Bestand des Staates gerichteten Tätigkeit".

In März 1935 erfolgte meine Versetzung zur Staatspolizeistelle Bielefeld. Bei dieser wurden mir dieselben Aufgaben und Amtspflichten übertragen wie vorher in Kiel.

Ostern 1936 wurde ich zum "Geheimen Staatspolizeiamt", dem späteren ~~NS~~ "Reichssicherheitshauptamt" in Berlin berufen. Dort wurde ich dem von dem damaligen Regierungsrat Heller geleiteten Referat IV A "Antikommunismus" zugewiesen. Innerhalb dieses Referats führte ich das Sachgebiet IV A 3 "Russische, Kaukasische, Ukrainische Emigration im Reichsgebiet".

Es handelte sich um jene Emigranten, die nach der Oktoberrevolution 1917 aus Rußland geflohen waren.

In diesem Aufgabengebiet hatte ich dafür zu sorgen, daß die nach Deutschland geflüchteten Russen nicht zu einem Unsicherheitsfaktor für die öffentliche Ordnung im Reiche wurden. Die aus dem Gebiet der Sowjetunion geflüchteten Personen befanden sich fast alle in einer schweren Notlage. Der Heimat entwurzelt waren sie meist vermögens- und beschäftigungslos, oft auch krank und im Ganzen in einem demoralisierten Zustand. Da sie in eine Unzahl von Interessenvertretungen, Unterstützungsverbänden und politischen Vereinigungen aufgesplittet waren, herrschte unter ihnen Mißgunst, Uneinigkeit und Denunziation. Da sie in ihrer Lage auf jegliche Art von Unterstützung angewiesen waren, ergriffen sie fast wahllos jeden sich bietenden Weg zu einem Gelderwerb. Es lag also die Befürchtung nahe, daß sie das Opfer von politischen Agenten oder ausländischer Spionage werden könnten. Ich suchte, das Problem dieser Emigranten von der sozialen Seite her anzufaßten, indem ich von einer Behebung der Not auch eine Stärkung ihrer moralischen Festigkeit erhoffte. Zu diesem Zwecke richtete ich eine Art von Konsulaten für die Emigranten ein und bezeichnete sie als "Vertrauensstellen". Dort wurden alle Emigranten registriert, mit Ausweisen versehen, für ihre Beschäftigung mit ausreichendem Verdienst gesorgt und für die Hilfsbedürftigen und Kranken unter ihnen eine laufende Betreuung veranlaßt. Arbeitsärzte und Wohlfahrtsstellen, ebenso wie auch andere Behörden wurden ersucht, den Vertrauensstellen behilflich zu sein. Damit besserten sich allmählich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Emigranten in einer wachsend befriedigenden Art.

Gleichzeitig wurde eine Befriedung auf politischem und kulturellem Gebiet in Angriff genommen. Die Unzahl von sich gegenseitig störenden Vereinigungen verschwand. Der russischen Schule in Berlin, ebenso der russisch-orthodoxen Kirche wurde staatliche Unterstützung gewährt.

Neben der "Rußischen Vertrauensstelle" für alle großrußisch denkenden Emigranten unter Leitung des ehemals zaristischen Generals von Biskupski schuf ich weiter eine "Kaukasische Vertrauensstelle" unter Leitung des Georgiers Kisiria und eine "Ukrainische Vertrauensstelle" unter Leitung der Ukrainer Suzko sowie eine "weißruthenische Vertrauensstelle", an dessen Leiter und Name ich mich nicht mehr erinnere. Alle Vertrauensstellen hatten die gleichen Aufgaben.

Versuchte ich somit, eine Art von Selbstverwaltung der Nationalitäten aufzubauen, so hatte ich andererseits mich zu bemühen, daß die Emigranten Handlungen oder Ausserrungen unterließen, die das außenpolitische Verhältnis zur Sowjetunion hätten belasten können.

Außer der russischen Emigration hatte ich auch die kroatische Emigration zu behandeln. Die hier in Betracht kommenden Emigranten jugoslawischer Abstammung waren politisch die Verfechter der Idee eines ~~unabhängigen~~ selbständigen Kroatiens. Bei den damaligen politischen Methoden der südslawischen Gruppen im Kampf gegeneinander bestand stets die Gefahr, daß möglicherweise auf deutschem Boden oder von Deutschland aus, seitens der kroatischen Emigranten Gewaltakte gegen jugoslawische Regie-

rungsvertreter usw. ausgingen. Um dies zu verhindern, setzte ich, ähnlich den Vertrauensstellen über die russische Emigration, einen Obmann für die Kroaten ein, der dafür zu sorgen hatte, daß die Kroaten sich politisch ruhig verhielten. Es ist auch während meiner Amtszeit in Berlin zu keinen Gewaltakten der kroatischen Emigration in Deutschland gekommen.

Zu meinen Sachgebiet wurde dann noch das Teilgebiet "publändrückkehrer" zugesellt. Hier handelte es sich um Deutsche Staatsangehörige, die zuerst während der wirtschaftlich schwachen Jahre in Deutschland Beschäftigung in der Sowjetunion aufgenommen hatten und nun zurückkehrten. Sie wurden nach Rückkehr in Deutschland über politische, wirtschaftliche und militärische Zustände und Entwicklungen in der Sowjetunion befragt. Die Befragungen wurde den örtlich zuständigen Staatspolizeistellen übertragen. Die Befragungsergebnisse wurde den militärisch und sonstwie interessierten Dienststellen zugeleitet.

Schließlich hatte das gleiche Sachgebiet IV A 5 noch die von Polizeistellen im Reich eingehenden Berichte über kommunistische Agententätigkeit der im Reichsgebiet bestehenden diplomatischen, konsularischen Einrichtungen, Handels- und Reisevertretungen etc. ~~auszuweiten~~ der UdSSR auszuweiten.

Zu den in Reichsgebiet geschaffenen Vertrauensstellen für russische Emigranten etc. richtete ich Zweigstellen 1938 in Wien, 1939 in Warschau und Krakau, 1940 in Brüssel und Paris ein.

Als Anfang November 1939 auf Hitler im Bürgerbräukeller/München ein Sprengstoffattentat verübt worden war, wurde ich den Reichskriminaldirektor Nebe zur Aufklärung des Sprengstoffattentats zugewiesen. Die langdauernden Ermittlungen erbrachten schließlich den Beweis, daß als Alleintäter der Tischler Elser aus einem Ort in Württemberg in Frage kam. Elser gab dann auch seine Tat zu.

Als im Sommer/Herbst 1940 der Besuch des sojetrussischen Außenkommisars Molotow in Berlin stattfand, wurde ich beauftragt, den sicherheitspolizeilichen Schutz Molotows und seines Gefolges ab russisch-polnischer Grenze bis Berlin, während des Aufenthaltes in Berlin und auf der Rückfahrt zur russischen Grenze zu übernehmen. Die Schutzmaßnahmen wurden außerordentlich sorgfältig durchgeführt. Die russischen Regierungsvertreter überstanden einen Luftangriff englischer Bomber auf Berlin und konnten unversehrt in die UdSSR zurückgelangen.

Im Sommer 1940 wurde ich darüber unterrichtet, daß ich als Delegierter der deutschen Polizei bei der Deutschen Gesandtschaft in Lissabon/Portugal vorgesehen sei. Ich wurde angewiesen, mich über Portugal gründlich zu informieren, die portugiesische Sprache zu erlernen, mich bei der Internationalen Polizeikommission (Interpol) Berlin-Wannsee, bei der Direktion der Kriminalpolizei und Schutzpolizei unterweisen zu lassen, um mein Polizeiallgemeinwissen zu vertiefen und in Portugal alle deutschen Polizeisparten vertreten zu können. Zu diesen Zwecke wurde ich weitgehendst von Dienst im RSHA freigestellt. In gleichen Jahren unternahm ich bereits meine ersten Reisen nach Spanien, um mich beim deutschen Polizeiattaché in Madrid, bei der Botschaft und den Konsulaten über die wesentlichen Aufgaben eines deutschen Polizeivertreters im Ausland zu unterrichten. Im Januar 1941 wurde ich dann zum Polizeiverbindungsführer bei der Deutschen Gesandtschaft endgültig ernannt und dorthin entsandt. In einzelnen hatte ich folgende Aufgaben: Vertretung der Deutschen Polizei in ihrer Gesamtheit, also der Schutzpolizei, Kriminalpolizei und der geheimen Staatspolizei gegenüber der portugiesischen Polizei, der Deutschen Gesandtschaft und der deutschen Kolonie.

Vermittlung zwischen der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission und der portugiesischen Polizei.

Beratung des Deutschen Gesandten in polizeilichen Angelegenheiten.

Fachlicher Erfahrungsaustausch mit der Portugiesischen Polizei über Aufbau und Organisation, Kriminaltechnik, Kriminalliteratur usw.

Abwehr feindlicher Abwehr innerhalb der Deutschen Gesandtschaft.

Interessenvertretung verhafteter Reichsdeutscher gegenüber der portugiesischen Polizei.

Behandlung der Visums- und Passangelegenheiten in Zusammenarbeit mit den Deutschen Konsulaten in Portugal.

Überprüfung derjenigen Deutschen, die sich in strafrechtlicher Hinsicht, sei es gegen die deutschen, sei es gegen die portugiesischen Gesetze vergingen, wozu naturgemäß auch Delikte politischen Charakters gehörten.

Unterstützung der deutschen Minengesellschaften in Nordportugal bei der Verhütung von Diebstählen, die von Portugiesen, sei es im eigenen, sei es im Interesse und Auftrag der mit Deutschland im Kriege befindlichen Mächte, zu befürchten waren.

Unterrichtung des RSHA über die Art der Behandlung, die Portugal den aus dem deutschen Machtbereich ausgewiesenen Juden sowie politischen Emigranten angedeihen ließ.

Generelle Unterrichtung des RSHA über die politischen und wirtschaftlichen Zustände Portugals, insbesondere über die Haltung der portugiesischen Regierung gegenüber den kriegsführenden Staaten.

Zu diesen Aufgaben kamen noch die zahlreichen gesellschaftlichen Verpflichtungen repräsentativer Art, an denen ich als Angehöriger der Gesandtschaft teilzunehmen hatte, und die sich sowohl intern auf die Gesandtschaft und das alteingesessene Deutschtum, als auch auf die portugiesischen Behörden erstreckten.

Die Tätigkeit des Polizeiverbindungsührers an der deutschen Gesandtschaft in Lissabon übte ich bis Kriegsende aus. Nach Kriegsende übernahm eine Kommission der Alliierten die deutsche Gesandtschaft und ersuchte die portugiesische Regierung, die Offiziere der deutsch militärischen Abwehr und auch mich zu internieren. Die portugiesische Regierung entsprach diesem Ersuchen.

Am 4.11.1945 erklärte ich mich vor der Alliierten Kommission in Gegenwart portugiesischer Armeeoffiziere bereit, freiwillig nach Deutschland zwecks Überprüfung meiner Person zurückzukehren. Am 19.11.1945 wurde ich mittels amerikanischen Transportflugzeugs von Lissabon nach Stuttgart befördert und in die Festung Hohenasperg eingeliefert. Nachdem ich in Hohenasperg vielfachen Vernehmungen unterworfen worden war, wurde ich am 10. Mai 1946 in das Zentrale Verhennungslager Oberursel eingewiesen, wo ich bis zum 3. Januar 1947 verblieb. Danach gelangte ich in das Internierungslager Ludwigsburg und von dort wieder zum Hohenasperg. Am 12. Juni 1947 erfolgte meine Überstellung zum Polizeigefängnis Stuttgart und von dort aus zum Justizgefängnis in Nürnberg. Hier wurde ich hauptsächlich von Prof. Dr. Konopner, dem stellvertretenden Ankläger verhört ~~zu tun~~. Nach Abschluß des amerikanischen Prüfungsvorfahren wurde ich am 24. Oktober 1947 aus der Haft in Nürnberg ~~entlassen~~ und dem Lager Heilbronn überstellt und später von dort in das Lager Kornwestheim überführt. Hier erkrankte ich und wurde in das Lazarett Ludwigsburg eingeliefert. Schließlich am 25. Februar 1948 verfügte das "Office of Military Government-Land Württemberg Baden-First Military Government Batalion (SLP) - APC 154 - US Army - Denazification Division" meine Entlassung aus Haft und Internierung.

Nun bemühte ich mich, zu meiner in Portugal lebenden Familie zurückzukehren und begab mich zunächst in die Schweiz. Während des Aufenthaltes in der Schweiz ging ich vor dem argentinischen Konsulat in Bern, das seinerzeit Techniker anwarb, die Verpflichtung ein, in argentinischen Bergbau zu arbeiten. Von der Schweiz reiste ich Anfang April 1948 zur Familie in Portugal und blieb dort bis zu meiner Einschiffung nach Buenos Aires, die Anfang Juni 48 erfolgte.

In Buenos Aires nahm ich zunächst in der Metallwarenfabrik ENGLA Arbeit als Dreher an der Revolverdrehbank auf und fand endlich am 1. November 48 Verwendung in meinem früher erlernten Beruf als Diplombergingenieur im argentinischen Bergbau und zwar bis August 1952 auf der Blei-Zinkmine "Santa Rita" in der Provinz La Rioja (Bergbaugesellschaft ORMAPLO), von August 52 bis September 54 auf der Golderzmine

der "Empresa Minera Del Huaraco Aurelio Leonardi" bei Huaraco im Territorio Nacional De Neuquén und von September 1954 bis Mai 1955 auf der Wolframmine der Compania Minera Arrequintin im Andengebirge der Provinz San Juan. Meinen Wohnsitz hatte ich in der Stadt Chilecito, Provinz La Rioja. Dorthin war auch meine Familie im Dezember 1948, von Portugal kommend, übersiedelt.

In Winter 1954 besuchte ich mit meiner Familie die Eltern meiner Frau in Schleswig Holstein. Bei der Gelegenheit suchte ich den Generalstaatsanwalt in Kiel auf, meldete ihm meine Anwesenheit in Deutschland und stellte mich zur Verfügung, falls Anwürfe gegen mich vorliegen. Er gab mir nach einigen Tagen den Bescheid, daß eine voranlaßung zu einem Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen mich nicht gegeben sei. Meinen Aufenthalt in Deutschland nutzte ich, um mich um eine Stellung in der Heimat zu bemühen. Ich hatte Erfolg und erhielt von der Zeche Plessbach GmbH die Zusage, mich anzustellen. Daraufhin reiste ich nach Argentinien zurück, kündigte meine dortige Stellung und kehrte nach Ablauf der Kündigungsfrist endgültig nach Deutschland zurück und übernahm am 1. Juli 1955 meine Tätigkeit bei der Steinkohlenzeche Plessbach in Hammerthal bei Hattingen/Ruhr.

Meine Tätigkeit als Betriebsführer der Zeche Plessbach übte ich bis Februar 1963 aus und wurde dann als technischer Angestellter von den Farbenfabriken Bayer in Leverkusen übernommen, wo ich zur Zeit noch beschäftigt bin.

Bis 1933 gehörte ich keiner Partei an. 1933 wurde ich Mitglied der NSDAP. Ein Amt in der Partei hatte ich nicht.

In der SS habe ich keinerlei Dienst verrichtet, wurde aber trotzdem in Dienstrangangleichungsverfahren bei jeder Beförderung als Polizeibeamter mit den entsprechenden Diensträngen der SS verschenkt. So hatte ich bei Kriegsende als Regierungs- und Kriminalrat den Anglehrungsrang eines SS Sturmbannführers.

Seit dem 25. Februar 1934 bin ich verheiratet mit Marianne, geborene Baasch, geboren am 24.10.1913 zu Kiel. Aus der Ehe sind 4 Kinder hervorgegangen: Hildegard, geboren am 9.6.1938 zu Berlin-Charlottenburg, inzwischen verheiratet,

Klaus-Dieter, geboren am 10.10.1939 zu Berlin-Charlottenburg, zur Zeit tätig als Weinbauingenieur,

Erich, geboren am 8.10.1942 zu Lissabon, zur Zeit Jurastudent,

Kleudia, geboren am 23.12.1960, lebt im Elternhaus.

Leverkusen, den 20.7.1967

J. Junius

Anlageverzeichnis zum Lebenslauf.

Meinem am 20.7.1967 unterzeichnetem Lebenslauf füge ich folgende Anlagen, um deren Rückgabe in der vorgelegten Form oder in Form einer Fotokopie ich bitte, bei :

Anlage :

Diplomurkunde T.H.Berlin v.29.2.1928	A 1
Erklärung Krim.Üb.Sekr.Gradner v.26.11.53 über Krim.	
Kom.Anw.Schröder	B 1
Erklärung Krim.Oberrat Stollmeyer v.25.11.53 über Kom.	
Anw.Schröder	B 2
Schreiben Pol.Prä.Bochum v.4.12.53 über K.K.Anw.Schröder	B 3
Erklärung Oberreg.Rat Bonatz v.27.1.47 über Tätigkeit	
Schröder bei Polit.Polize am Polizeipräsidium Berlin	B 4
Bestallung Schröder zum Krim.Kom. mit Wirkung v.15.5.32	B 5
Versicherung Oberstabsintendant Franzbach v.1.5.47 über	
Schröder in Kiel.	C 1
Bescheinigung Bürgermeister Schweizer v.5.5.47 über Schröder	
in Kiel	C 2
Erklärung Polizeimeister Taplick v.28.6.47 über Schröder in	
Kiel	C 3
Brief Velhagen v.26.7.47 über Schröder in Bielefeld	D 1
Aufzeichnung Velhagen v.11.9.47 über Schr.in "	D 2
Über Schr.beim RSHA Berlin :	
Erklärung Kroggel v.20.1.47	E 1
Erklärung Krim.Dir. Geissler v.4.3.1947	E 2
Erklärung Hindrichs v.20.5.47	E 3
Bericht über die polizeiliche Sicherung des Molotowbesuchs in Deutschland im Herbst 1940, übergeben an Vernehmer im Justizgefängnis Nürnberg Juli 47	E 4
Über Schr.in Portugal :	
Erklärung Gesandtschaftsrat Velhagen v. 9.1.47	F 1
" Kanzler Klebanowski v.16.1.47	F 2
" v.Breisky v.18.1.47	F 3
" Yvonne de Kankelaere v.20.1.47	F 4
Brief Gesandtschaftsrat Dr.Dietar v.25.1.47	F 5
Versicherung Dr.Dietmar v.25.1.47	F 6
Erklärung Prälat Wurzer v.27.1.47	F 7
" Hauptmann Pais v.27.1.47	F 8/8a
" Pfarrer Thomas v.30.1.47	F 9
" Polizeiinspekteur	
Catela do Vale	
Teixeira v.12.2.47	F 10/10a
" Brandes v.20.3.47	F 11
" BaronHoyningen	
Huene v.20.3.47	F 12
" Dr.Blaume v.5.4.47	F 13
" Seeböhm v.23.5.47	F 14
" Rubarth v.28.5.47	F 15
" Van Roelen v.31.7.47	F 16
Bericht "Meine Aufgaben als Pol.Attaché im Auswärtigen Dienst", angefordert vom amerik.Anklagevertreter Prof. Kempner in Nürnberg, gefertigt am 2.9.47	F 17
Erklärung Scheuermann v.3.10.47	F 18
Schreiben der Britischen Botschaft Lissabon über die freiwillige Rückkehr Schröders nach Deutschland v.3.20.47	F 19
Bestätigung der Portug.Polizei v.5.12.47 über Internierung Schröders in Portugal und seine freiw.Rückkehr nach Deutschland	F 20

Anlage :

Entlassungsbescheid aus amerikanischer Haft v. 25.2.48	G
Über Schröder in Argentinien :	
Arbeitsbestätigung Fabrik ENGLA	H 1
Arbeitsbescheinigung der Organizacion Minero	
Argentina del Plomo ORMAPLO/Rosario v. 18x 1.8.1952	H 2
Arbeitsbescheinigung der Cia Minera Arrequintin v. 1.6.1955	H 4
Über Schröder ab 1955 :	
Zeugnis Farbenfabriken Bayer v. 5.6.1962	L 1
Schreiben Bergamt Witten v. 22.6.1962	L 2
Zeugnis Zeche Plessbach GmbH	L 3

Leverkusen, den 20. Juli 1967

*Janzen*

*x Arbeitsbescheinigung des Empresa Minera  
del Huaraco Aurelio Leonardi v. 21.9.1954*

Vermerk:

Die Nachdrucke der o.g. Anlagen befinden sich  
im Original- Personal auf Schröder P sch 180.

*-2. Okt. 1967*

*Trüppisch*

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- 1 Js 1/65 (R SHA)

z.Zt. Kiel, den 15. Juni 1966

Gegenwirtig:

EST A Klingberg  
Vernehmender.

Justizangestellte Schmidt  
als Protokollführerin.

Vorgeladen erscheint um 10. 15 Uhr

Herr Fritz-Franz, Karl Zimmatt  
geboren am 2. Juli 1908 in Kiel,  
wohnhaft in Kiel, Klosterdichhof 7/9

und erklärt nach Eröffnung, daß er in dem gegen verschiedene  
frühere Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitsauptamtes  
(RSHA) in Berlin wegen des Verdachtes der Teilnahme am Mord  
im Rahmen der "Entlösung der Judenfrage" anhängigen Er-  
mittlungsverfahren als Beschuldigter vernommen werden solle,  
und nach Belehrung, daß er Aussagen als solcher nicht zu machen  
brauche oder, falls er aussagebereit sei, jederzeit einen Ver-  
teidiger befragen könne, folgendes:

Ich bin hier aussagebereit.

Zu meiner Person beziehe ich mich auf den schriftlich gefertigten  
Lebenslauf vom 15. Juni 1966, den ich hiermit zu den Akten  
reiche. Ergänzend dazu gebe ich an, daß ich mit Hildegard, geb.  
Lehmann, verheiratet bin und daß meine beiden Töchter nunmehr  
26 und 27 Jahre alt sind. Mein Vater, der Tischler Franz Zimmatt,  
ist bereits etwa 1926 verstorben; meine Mutter, Henriette, geb.  
Heinrich, ist bereit 1945 vorverstorben.

Mein Eintritt als Assistentenanwärter in den öffentlichen  
Dienst erfolgte wegen der damaligen Arbeitslosigkeit, die es  
mir nicht erlaubte, in meinem erlernten Beruf als Maschinenbau-  
Ingenieur eine Stellung zu finden.

Zur Erinnerungsetätze wurde mir die Ablichtung meines Lebenslaufes bekanntgegeben, den ich am 30. April 1938 als Anlage zu einem R. u.S - Fragebogen abgegeben habe. Diesen Fragebogen habe ich seinerzeit als Voraussetzung für meine damals beabsichtigte Eheschließung abgeben müssen. Ich bin dabei wissentlich von der Wahrheit abgewichen, um schneller die Heiratsgenehmigung zu erhalten. Unrichtig ist insbesondere, daß ich Mitglied des "Wehrwolfs" gewesen sei und daß ich von 1930 bis 1932 der SA angehört hätte. Es trifft auch nicht zu, daß ich im Jahre 1934 von den städtischen Licht - und Wasserverserken der Stadt Kiel zum SD des RFSS nach München kommandiert worden wäre. Ich bin auch niemals Kriminal-Angestellter gewesen. Damals mein damaliger Fragebogen die vorbezeitigteten Unrichtigkeiten enthielt, hat mir keine Nachteile gebracht. Er ist möglichweise nicht überprüft worden.

Während der gesamten Zeit meiner Zugehörigkeit zum R SM A habe ich dessen Amt II angehört. Meiner Erinnerung nach war mein Amtschef in den letzten Jahren ein gewisser Standartenführer Spatzel. Er hatte einige Vorgänger, an deren Namen ich mich jedoch nicht entsinnen kann. Mein Gruppenleiter war Oberregierungsrat Kreklow. Referatsleiter, möglicherweise auch Hilfsreferent war ein Amtmann oder Sturmbann-führer Rievers. Sachgebietsleiter war der Polizeirat Jaccob.

Ich selbst war als Regierungs-Obersekretär Sachbearbeiter und hatte als solcher insbes. mit Fragen von Beisekosten- und Umzugekosten-Angelegenheiten zu tun. Mein Dienstsitz war zuletzt ein Dienstgebäude in Berlin, Koch-Ecke Zimmerstr. Zuvor habe ich auch in der Prinz-Albrechtstraße gearbeitet. An die Nummern- oder Buchstabenbezeichnung des Referats, in dem ich tätig war, kann ich mich nicht mehr erinnern.

Wenn mir aus den Telefonverzeichnissen des RSHA von Mai 1938 1942 und von Juni 1943 vorgehalten wird, daß unter dem Namen Kreklow die Referatsbezeichnung II C 2 angegeben ist, so muß es sich dabei um das Referat gehandelt haben, in dem ich tätig gewesen bin. Eine nähere Erinnerung daran stellt sich bei mir jedoch auch nicht nach Benennung dieses Referatszeichens ein.

wenn ich nach weiteren Angehörigen des Referats II C 2 gefragt werde, so fallen mir noch ein gewisser Pfeiler, meiner Erinnerung nach Inspektor oder Oberinspektor sowie ein gewisser Hennig, ich glaube er war Inspektor, ein. Weitere Namen fallen mir im Augenblick nicht ein.

Mir ist aus den Telk.Verz. des RSHA vom Mai 1942 und vom Juni 1943 vorgehalten worden, daß ich dort jeweils als Angehöriger des Referats IV D 3 ausgewiesen bin. Trotz dieser Eintragungen kann ich mit Gewißheit angeben, daß ich niemals dem Referat IV D 3 angehört habe. Wie die mir vorgehaltenen Eintragungen zustandegekommen sind, vermag ich nicht zu erklären.

Mir ist die richterliche Zeugenvernehmung der Ingeborg Flraig vom 25. Februar 1965 (Bl.III, Bl. 65 d.A.) vorgehalten worden, in der sie zum Ausdruck bringt, daß sie mich kenne und daß ich Sachbearbeiter in IV D 3 gewesen sein soll. Mir ist ein Fr. Flraig nicht in Erinnerung, mir ist auch unerklärlich, inwiefern sie mich als Sachbearbeiter des Referats IV D 3 hat angeben können. Mir ist auch die Vernehmung der Idith Schumann, geb. Heilich, vom 19. Juli 1965 (Bl.III, 193 d.A.) vorgehalten worden, in der sie angibt, daß ich ihr als Angehöriger des Referats IV D 3 bekannt sei. Ich kann mich auch an diese Zeugin nicht erinnern, Ich habe keine Erklärung, wieso sie mich mit dem Referat IV D 3 in Verbindung bringt.

Kennt mir aus der richterlichen Zeugenvernehmung der Dorothe Fibranz vom 24. Februar 1965 (Bl.III 60/61 d.A.) vorgehalten wird, daß sie mich als Angehörigen des IV D 3 identifiziert hat, und mich darüberhinaus vom Judenreferat kennen will, so habe ich dazu folgendes zu sagen:

Fr. Fibranz ist mir bekannt. Sie war eine Bekannte des von mir bereits genannten Hennig und ich habe mit ihnen beiden sowie mit anderen Amtsangehörigen u.a einen gewissen Alexander Mischke hin und wieder in einem Lokal in der Bierland-Ecke Gr.Bierenstr. ein Bier getrunken. Ich weiß daher, daß Fr. Fibranz dem Amt IV angehört hat. Aus unseren damaligen Zusammenkünften glaube ich, entnehmen zu können, daß Mischke gleichfalls zum Amt IV gehörte und dort möglicherweise im Judenreferat eingesetzt war.

Eine Erklärung dafür, daß Fr. Fibranz mich als Angehörigen des Referats IV D 3 und des Judenreferats angegeben hat, habe ich nicht. Möglicherweise verwechselt sie mich mit einer anderen Person.

Mir ist vorgehalten worden, daß auch ein Gerhard B r i n g in seiner richterlichen Zeugenvernehmung vom 8. Februar 1965 (Bl.III 34/35 d.A.) angegeben hat, daß er mich als Angehörigen des Referats IV D 3 vom Sehen her kenne und daß er mich gelegentlich im Verteilerzimmer gesehen habe. Auch hierzu kann ich nichts anderes sagen, als daß ich nicht im Referat IV D 3 tätig gewesen bin.

Auch wenn mir vorgehalten wird, daß sowohl der Inhalt von zwei Telefonverzeichnissen und die Bekundungen von vier Zeugen für meine Zugehörigkeit zum Referat IV D 3 spricht, so muß ich dabei bleiben, diesem Referat nicht angehört zu haben. Ich habe auch keine Erklärung für die unrichtigen Zeugenbekundungen und für die unrichtigen Eintragungen des Telefonverzeichnisses.

Mir ist vorgehalten worden, daß das Referat IV D 3 mit Emigrantenangelegenheiten, den Angelegenheiten staatsfeindlicher Ausländer und mit der Bearbeitung von Vertragsuensstellen befaßt waren. Ich selbst habe mit diesen Dingen nie etwas zu tun gehabt, woraus sich gleichzeitig ergibt, daß ich dem Referat IV D 3 nicht angehört haben kann.

Einen Regierungsassmann Karl A n d e r s ist mir vom Sehen bekannt. Möglicherweise hat er bei II C 2 in einer Keileangelegenheit vorgesprochen. Dagleichen kenne ich den früheren Assek. Bernd B a t z, der gleichfalls in einer Keilekosten- oder Unzugskostenangelegenheit bei uns zu tun gehabt haben muß. Den Polizei-Oberinspektor Johannes B a r b e r s k e kenne ich von einer Abordnungsangelegenheit her,; zumindest möchte ich das annehmen. Kurt G e i s l e r kenne ich daher, weil er sehr viel auf Reisen gewesen ist und deshalb häufig bei uns vorsprechen mußte. Ich habe ihn auch auf dem mir vorgelegten Bild wiedererkannt.

Erinnerlich ist mir auch Alwin Pilling, von dem ich meine, daß ich ihn in einer Umzugsangelegenheit kennengelernt habe.

Der Name Dr. Erich Weinmann ist mir ein Begriff. Ich glaube mich zu erinnern, daß er Mediziner war. Ich muß ihn wegen einer Umzugskosten - Angelegenheit gesehen haben.

Die übrigen mir vorgehaltenen Namen aus der Beschuldigten-Kartei IV D 3 sind mir kein Begriff. Auch in diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, daß ich mit den Trägern der mir vorgehaltenen Namen von Ahrens bis Wolff nicht in einem Referat tätig gewesen bin.

Ich habe in dem für Reisekosten- und Umzugskosten zuständigen Referat, in dem ich die ganze Zeit über tätig gewesen bin, niemals etwas mit Judenangelegenheiten zu tun gehabt. Es ist zwar möglich, daß ich Reisekostenangelegenheiten für die Bearbeiter des Judenreferats erledigt habe. Ich habe dann aber in keinem Falle gezußt, welchen Zweck deren Dienstreisen dienen sollten. Swarz war 'nun den Dienstreiseanträge- und Reisekostenabrechnungen der Ort angegeben, zu dem hin die Dienstreisen durchgeführt werden sollten und habe aus diesen Ortsbezeichnungen aber niemals entnommen, daß irgendwelche Vernichtungslager oder sonstige Tötungsstätten aufgesucht werden sollten. Ohne mich erinnern zu können, ob als Zielort z.B. jemals Auschwitz angegeben war, so hätte mir zu der damaligen Zeit diese Ortsbezeichnung auch nichts gesagt, weil mir damals über Judentötungen überhaupt noch nichts bekannt gewesen ist. Davon habe ich erst nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 erfahren.

Mit der Bearbeitung von Auslandsdienstreisen hatte ich nichts zu tun, desgleichen nicht mit Dienstreisen in die seinerzeitige Ostmark, das Generalgouvernement und den Bezirk Talyatsk. Ich war allein für Inlandsdienstreisen zuständig, die sich meiner Erinnerung nach allein auf den Bereich des Altreiches und des Sudetengau's bezogen. Das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren gehörten nach meiner Erinnerung nicht dazu; die Ortsbezeichnung Theresienstadt ist mir als Dienstreiseziel nicht bekannt. Von KZ's habe ich seinerzeit nur Sachsenhausen den Namen noch gekannt außerdem auch Dachau.

Ich wußte damals bezügl. der Judenangelegenheiten zwar, daß diese z.B. den Judenstern tragen mußten, Einschränkungen unterlagen und auch in ~~Ghetto~~ <sup>Ghetto</sup> übertransportiert wurden. Ich bin jedoch davon ausgegangen, daß sie dort zum Arbeitseinsatz kommen sollten. Weder dienstlich noch außerdienstlich ist mir jedoch etwas über das in Wirklichkeit den Juden zugesetzte Schicksal bekannt geworden.

Zu Beweiszwecken lege ich im Übrigen die Spruchentscheidung des Entnazifizierungs-Hauptausschusses des Landes Schleswig-Holst. vom 5. Dezember 1950 - A/ 661 - Kr. vor, in dem es zur Begründung meiner anfänglichen Einreihung als Mitläufer und späteren Umstufung in die Gruppe der Entlasteten heißt:

Der Betroffene war Mitglied der Partei von 1933 bis 1945 ohne Amt, Angehöriger der Allgemeinen SS von 1933 bis 1945 und von 1935 bis 1945 hauptamtlich tätig beim Reichssicherheitsdienst der SS, zuletzt mit dem Rang eines Obersturmführers.

In der Allgemeinen SS hat der Betroffene ab 1935 keinen Dienst mehr gemacht. Im Sicherheitsdienst hat er lediglich Verwaltungsarbeiten verrichtet.

Bei Durchsicht der mir vorgelegten Lichtbildmappe habe ich dem Ansehen nach die Personen unter Nr. 117 und 127 wiedererkannt, wobei ich glaube, sagen zu können, daß die Personen unter Nr. 117 auch im Bereich von Kreklow tätig gewesen sind. Der Name Karl Schweigler, der Nummer 117 sagt mir indessen nichts. Ich habe keine Erklärung dafür, daß er als Angehöriger im IV D 3 ausgewiesen ist. Unter der Nummer 127 glaube ich mich eines Assessors zu erinnern; der Name Jobst Thiemann sagt mir jedoch ebenso wie die Referatsbezeichnung IV D 2.

Ich habe alles gesagt, was ich über meine frühere Tätigkeit beim KSDA noch weiß. Weitere Angaben kann ich von mir aus nicht machen.

Schluß der Vernehmung 13.00 Uhr.

laut diktirt, selbst gelesen und als genehmigt unterschrieben  
Fritz Zimmat

Geschlossen: Klingberg